

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Pachtstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Drey, Druck von E. H. Reister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 300A.

Verantwortlichkeit.

Der Erfolg gemeinsamer Tätigkeit ist nur dann gewährleistet, wenn die Glieder der Gemeinschaft zur Erkenntnis der gegenseitigen Verantwortlichkeit gekommen sind, die besteht in der Haftung für das eigene Tun. Menschliche Unternehmungen, die nicht vom Geiste der Verantwortlichkeit befeuert werden, sind von vornherein zum Scheitern bestimmt. Nur dank dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit kann der Mensch sein Verhalten der jeweils gegebenen Lage anpassen und Verstöße gegen das Wohl der Mitmenschen vermeiden. Deshalb ist die soziale Verantwortlichkeit ein Bestandteil jeder Gemeinschaftsmoral, wie wir sie bei allen Zweigen der Menschheit vorfinden, selbst bei den am wenigsten zivilisierten. Dort freilich, wo eine menschliche Gesellschaft auf einem Machtverhältnisse beruht, dessen Grundlage die Herrschaft einer Schicht und die Unterordnung einer anderen Schicht ist, die Regeln der Moral von der herrschenden Schicht bestimmt werden, geht diese in der Verantwortlichkeit gegenüber den Unterworfenen nicht weiter als der Bestand der gesellschaftlichen Organisation in der gegebenen Form es erfordert; denn nur daran ist der im Besitz der Macht befindlichen Gruppe gelegen.

Das Verantwortlichkeitsgefühl entspringt der Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit der Menschen voneinander, die wohl, soweit es sich um die eigene enge Gemeinschaft handelt, so alt ist wie die Menschheit selbst, denn die Abhängigkeit von den Nächsten berührt das Wohl des einzelnen in augenfälliger Weise. Daher liegt es im persönlichen Interesse des einzelnen, anderen nicht zu schaden, und zwar wenigstens so weit nicht, wie es die gemeinsame soziale Organisation erfordert, widrigenfalls ihm selbst Schaden zu erwachsen droht. Es ist also die richtige Erkenntnis der Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die das Verantwortlichkeitsgefühl herbeiführt und erhält. Die Notwendigkeit der gegenseitigen Förderung führt zu einer Annäherung der Personen und Personengemeinschaften und zu einer wechselseitigen Rücksichtnahme, die um so größer wird, je mehr die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit und der Vorteile des Zusammenwirkens zunimmt. Hierauf beruht auch das Zustandekommen von Beziehungen und Organisationen, die über den Kreis der nahen Lebensgemeinschaft (des Stammes und Volkes) hinausreichen, womit das Bewußtsein der Verantwortlichkeit zugleich eine Steigerung und Verfeinerung erfährt.

Die Verantwortlichkeit wurzelt stets im Bewußtsein, in der Erkenntnis der sozialen Erfordernisse. Es ist somit auch klar, daß das Verantwortlichkeitsempfinden in jedem Gemeinwesen dem Stande dieses Bewußtseins entspricht, der von Volk zu Volk recht verschieden ist. Wie weit die Gesamtverantwortlichkeit geht, hängt ganz von dem allgemeinen Kulturzustand der betreffenden Lebensgemeinschaft und von ihrer inneren sozialen Zusammenfassung ab; sie ist eine wesentlich andere in Klassenlosen Gemeinwesen als in solchen, die auf dem Grundzuge der Klassencheidung aufgebaut sind. Die sozialen Verhältnisse gehören eben zu den wichtigsten Lebensbedingungen der Menschen, und sie sind deshalb auch in hohem Grade bestimmend für die Gestaltung ihres sittlichen Verhaltens.

Eine Herabsetzung des Verantwortlichkeitsempfindens zur Folge haben die hochgeprägten Gefühle, die Leidenschaften, was wir im Weltkriege außerordentlich deutlich beobachten konnten. Leidenschaften lassen sich sehr leicht von Mensch auf Mensch übertragen, weshalb auch das Beherrschungsvermögen einer Masse von Menschen, die aufeinander seelisch einwirken, viel geringer ist als das der einzelnen Überlegenden und Erkenntnis der Wirklichkeit suchenden Person. Die Person verändert sich sofort, wenn sie sich als Glied einer Gemeinschaft fühlt. Man nehme das Beispiel von Volksversammlungen, von Parteien, von Völkern, von Religionen: in der Gemeinschaft wird der Schwache stark, der Feige tapfer, der Verstandige fanatisch, der Weichherzige brutal. Bewußtsein und Verantwortlichkeit beherrschenden Erwägungen und Handlungen der Masse weniger, die Phantasietätigkeit hingegen ist mächtig angeregt.

Das Verantwortlichkeitsempfinden bedarf einer starken Steigerung, wenn antisoziale Handlungen seltener werden sollen als sie nun noch sind und wenn der Grundsatz „einer für alle, alle für einen“ das öffentliche Leben beherrschen soll. Es war z. B. ein großer Irrtum von Theoretikern der Volkswirtschaft der letzten Jahrzehnte, daß sie glaubten, die Handlungen von Millionen Menschen können allein dadurch bestimmt werden, daß man ihnen das Interesse der Gesamtheit zeige. Dieser Irrtum liegt in zu großer Ferne, um die Einzelteile einer Masse entgegen dem Egoismus, der ihnen tausend verschiedene Richtungen gibt, in die eine Richtung des Gesamtinteresses zu drehen.

Hohe Ausbildung des Verantwortlichkeitsbewußtseins ist Voraussetzung wirklich freier Arbeit, der Beseitigung des dienstherrlichen Verhältnisses in der Volkswirtschaft. Die freie, kollektive Arbeit bedingt, daß alle an der gleichen Arbeit Beteiligten die gleiche Verantwortung und sachliche Haftung für die zeitgerechte und zweckmäßige Fertigstellung des notwendigen Arbeitsproduktes tragen müssen. Soll eine sozialistische Wirtschaft nicht Schiffbruch leiden, so muß die Arbeits- und Betriebsordnung allen an der Erzeugung eines Produktes oder an der gleichen Arbeit Beteiligten die kollektive Verantwortung und gleiche materielle Haftung auferlegen. Die Einführung der kollektiven

Verantwortung und persönlichen materiellen Haftung für die sachliche Arbeitsleistung in die sozialistische Arbeitsordnung ist der erste Schritt zur wirklichen Befreiung der Arbeit.

Der Schweizer Sozialdemokrat Robert Seidl sagt in seinem Buche „Sozialdemokratie- und staatsbürgerliche Erziehung“ (Zürich 1918): „Der Mensch muß die Verantwortlichkeit für seine Handlungen als eine Gewissenspflicht erkennen, die ihm aus dem Rechte der Freiheit und Selbstbestimmung erwächst. Wer frei ist, der ist verantwortlich. Wer über sich und andere bestimmt, der ist verantwortlich. Jeder, der in einer gesellschaftlichen und staatlichen Vereinigung von Menschen, in einer Partei oder Genossenschaft, in einer Versammlung oder einem Vorstand, in einer Verwaltung oder Regierung mitberätet, mitbestimmt und mitwählt, jeder, der dabei seine Menschen- und Bürgerrechte ausübt, der ist verantwortlich für die Wahlen, die Beschlüsse und Handlungen, der hat die Pflicht, sich der Folgen seines Tuns und Lassens bewußt zu sein, sich in seinem Gewissen damit belastet oder gerechtfertigt zu fühlen. Dieses Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Handlungen und Unterlassungen, welche die Menschen gemeinsam in Vereinen und Versammlungen, als Körperschaft und Partei, als Volks- und Staatsvertretungen tun oder lassen, dieses Verantwortlichkeitsbewußtsein mangelt heute den meisten Menschen, sogar den meisten gebildeten und führenden Männern und Frauen in geradezu erschreckender Weise.“

Was Seidl über die politische Freiheit und Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen sagt, trifft im weitesten Sinne und in erhöhtem Maße auch auf die wirtschaftliche Freiheit und die Handlungen des einzelnen wie der Gesamtheit zu. Ohne Verantwortlichkeit sind politische und wirtschaftliche Freiheit nicht denkbar.

Mittel zur Milderung der wirtschaftlichen Störungen.

Die heutige deutsche Wirtschaftslage weist merkwürdige Eigenheiten auf. Während der größte Warenmangel vorhanden ist, hat der Warenabgang zu den wichtigsten Störungen geführt. Würden von diesen Störungen nur solche Geschäftsleute betroffen, die falsch spekuliert haben, dann wäre es überflüssig, sich eingehender damit zu befassen. Denn der Spekulant weiß (oder er sollte es wissen), daß er ebenso gewinnen wie verlieren kann, und wenn er plötzlich verliert, wo er zu gewinnen hoffte, so mag er das mit sich selber ausmachen. Eine öffentliche Angelegenheit aber ist es, wenn sich sozusagen über Nacht die Wirtschaftslage ändert; wenn viele Geschäftsleute in den abwärts gehenden Strudel mit hineingerissen und viele Arbeitnehmer arbeitslos werden. Denn das wird jedem einleuchten, daß die nachdringende Arbeitslosigkeit kein geeignetes Mittel ist, die deutsche Volkswirtschaft zu heben und zu festigen. Darum aber geht es: Wie ist der immer bedrohlicher werdenden Absatznot und der damit verbundenen wachsenden Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Wenn man nach Mitteln zur Binderung der augenblicklichen wirtschaftlichen Noth sucht, muß man sich zuerst darüber klar zu werden suchen, wie sie entstanden sind. Die Hauptursachen sind: der lange Krieg, der bedrückende und einseitige Friedensvertrag. Den Krieg können wir natürlich nicht ungehehen machen. An den Bestimmungen des Friedensvertrages aber könnten die bedrückendsten Stellen abgemildert oder gedeutet werden, wenn die richtige Einsicht bei den maßgebenden Siegermächten einträte. Unablässig muß dafür gewirkt werden. Im besonderen ist der Umwälzung der Wirtschaftslage Anfang März dieses Jahres vor sich gegangen. Am 28. Februar d. J. kostete 1 Dollar in Newyork noch 100,40 M. (im Frieden 4,20 M.), am 12. März kostete er 72,90 M., am 14. April 53,90 M. und am 26. Mai 34,70 M. (das war der höchste Stand der deutschen Mark im ersten halben Jahr 1920). Wesentlich war die Entwicklung des Preises für das deutsche Geld in der Schweiz und in Holland. Als die deutsche Mark im Preise stieg, gingen die Ausfuhrmöglichkeiten zurück und die Einfuhrmöglichkeiten nahmen zu. Für die Einfuhr von Lebensmitteln wurde die Gelegenheit zum Kaufen dadurch günstiger, aber die Erziehung der Ausfuhr und die Erleichterung der Einfuhrgüter (außer Rohstoffen und Lebensmitteln) wüchsen auf den deutschen Warenmarkt. Dieser Druck bewirkte im deutschen Großhandel einen starken Preisaufschlag. Auf der einen Seite wäre so der Markt erweitert, auf der anderen Seite aber dafür eingegrenzt worden. Was das Ausland weniger aufgenommen hätte, das hätte das Inland mehr aufnehmen können; eben, wenn die Preise so gefallen wären, daß die breiten Volksmassen nun auch wirklich hätten erhebliche Bestände kaufen können. Das war aber nicht der Fall. Die Volksmassen blieben trotz des Preisrückganges (der im Kleinhandel nicht so gleich und dann auch nicht so stark zu verspüren war) konsumfähig. So war also die Ausfuhr erschwert, und der Abgang im Inland noch nicht oder gina sogar noch zurück. Dieses Zusammenwirken der Absatznot und des Rückganges des Verbrauches im Inland hat zu jenen empfindlichen Geschäftsrückgängen in einzelnen Geschäftszweigen geführt.

Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die zeitliche Ausnutzung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten sowie Umbau der Erwerbslosenunterstützung in eine produktive Arbeiterfürsorge empfohlen worden. Das wäre also (etwas verständlicher ausgedrückt) eine Verbesserung des Arbeitsnachweiswesens, Hebung und Förderung eines gelunden und volkswirtschaftlich fördernden Unternehmungswillens und an Stelle der Geldunterstützungen Arbeit, die neue Werte schafft. Hier soll auf die Einzelheiten nicht näher eingegangen werden. Es kann ohne weiteres gegeben werden, daß auf diese Weise manche Not gelindert werden kann, ohne daß der Staat dadurch allzu sehr belastet wird. Die Schwierigkeiten, die bei der Umverteilung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt sind, dürfen aber keineswegs unterschätzt werden. Man kann die Arbeiter insbesondere die mit Familien nicht so hin und her ziehen wie die Figuren auf einem Schachbrett. Das also ist dem wünschenswertesten Auswege hinderlich. Jedenfalls solange es ohne Wanderungen einigermassen geht, muß der Wandererzug aufgehoben werden; es sei denn, daß sich innerhalb der Arbeiterzahl selber der Wunsch nach der Veränderung geltend macht. Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten ist durch Private und durch den Staat möglich: Die private ist von den Einnahmeausfällen abhängig, was die sind im Augenblick im allgemeinen nicht gerade sehr günstig. Die Lasten aus dem Friedensvertrag würden außerordentlich hemmend auf die Entschlußkraft der vorhandenen und werdenden Unternehmer einwirken. Aber immerhin, geschaffen kann hier manches zur Besserung. Ihr Sinn

und Trachten (ebenso das der leitenden Staatsmänner) muß auf eine geeignete und billigere Gütererstellung gerichtet werden. Die Betriebe müssen von innen heraus (durch größere Wirtschaftlichkeit im Anlauf und Verbrauch der Stoffe, durch ein zweckmäßigeres Hand-in-Hand-Arbeiten zusammengehöriger Betriebsarten, durch bessere Arbeitsmethoden, leistungsfähigere Maschinen, bessere und billigere Betriebsarten u. a.) erneuert und ertragreicher gemacht werden. So kann z. B. die Kohle an Ort und Stelle für die mannigfachen Verwendungsarten viel zweckmäßiger aufbereitet werden. Kurz, es muß und kann möglich gemacht werden, daß die Waren bei verhältnismäßig angemessenen Löhnen billiger werden. Das ist nur durch eine Erneuerung und Verbesserung der Betriebe möglich, also von innen heraus, nicht von außen her.

Das Verbot vom Preisabbau ist in der Weise, wie es vielfach gepflegt wird, ganz sinnlos. Es hilft uns nicht im mindesten, wenn etwa die Preise der Waren in demselben Maße fallen wie die Löhne, Gehälter und Einkommen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß solche mechanischen Preisrückgänge uns nicht ein Stück Brot, kein Paar Schuhe, keinen Anzug mehr schaffen. Es fördert uns auch nicht, wenn wir in Naturwaren entlohnen. Einzig und allein mehr und billigere Erzeugnisse können uns vorwärts bringen. Durch äußerliche Maßnahmen (wie Preisabbau, andere Entlohnungsarten) können wir den Karren, der da in den Dreck gefahren ist, nicht heraus bekommen. Aber durch innere Wandlungen der Betriebe, der geistigen und leiblichen Kräfte wird mehr geschaffen, mehr hergestellt werden können. Solange das nicht geschieht, werden alle Lohnherabsetzungen, alle kleinen Mittel und Mittelchen zur Bebung der Erträge im Winde verhauchen. Wie es im einzelnen möglich ist, vorwärts zu kommen, das müssen sich die Fachleute gründlich und ernstlich überlegen. Ganz allgemein soll hier zur Anregung darauf hingewiesen werden, daß die Frage von einer ganz anderen Seite her, als dies bisher üblich war, angegriffen werden muß. Es darf nicht gefragt werden, die Herstellungsstellen steigen, also können die Waren nicht billiger werden, sondern sie werden sogar steigen. Unternehmer und Unternehmen müssen entstehen, die sich sozusagen auf den Boden der Tatsachen stellen und sich sagen: du stellst ein Paar Stiefel zu 100 oder 150 M. her, einen Anzug zu 400 bis 600 M. anstatt zu 200 M., Wäsche zu 50 bis 70 M. anstatt zu 200 M. das Stiefel. Du sinnst und bemüht dich so lange, bis du eine Lösung gefunden hast, so lange, bis du Waren herausbringst, die der derzeitigen Kaufkraft der breiten Volksmassen entsprechen. Die genannten Zahlen sollen nur Beispiele, keine Maßstäbe sein. Wir können uns in Deutschland nicht den Luxus leisten, daß wir Waren herstellen, die weder das Ausland noch das Inland kaufen kann. Kaufkraft und Herstellungsstellen müssen in ein zweckmäßiges Verhältnis gebracht werden, sonst geht es immer mehr und mehr bergab. Es bleibt uns eben, so hart es uns auch ankommen mag, beim Kuckuck nichts anderes übrig, als zu sehen, wie wir die auseinanderklaffenden Gegensätze zwischen Herstellungsstellen und der Verbrauchskraft in Uebereinstimmung bringen. Nur die Bebung der Kaufkraft oder der Verbrauchskraft führt uns so nach und nach aus der wirtschaftlichen Not unserer Zeit heraus.

Der viel angewandte Begriff: Preisabbau führt irre. Von außen her ist der Wirtschaftsknot nicht beizutun. Das ist, daß die Herabsetzung der Preise nicht das Uebel an der Wurzel trifft. Nehmen wir einmal an, die Warenbesitzer fangen an, weit unter den Einkaufskosten zu verkaufen. Das könnte vielen Verbrauchern aus großer Not helfen. Viele Kaufleute würden vielleicht einen einmaligen größeren Verlust tragen, wenn sie die Ueberzeugung hätten, später auch wesentlich billiger einkaufen zu können. Hier ist der Sitz des Übels. Das können sie heute unter den hohen Herstellungsstellen nicht. Sollen die Waren billiger werden, dann müssen die Herstellungsstellen sinken. Also, nicht Preisabbau, sondern Verbilligung der Gütererstellung. Sie wird uns helfen können. Wie aber kann die Gütererstellung verbilligt werden?

Voreilige werden darauf erwidern: durch Herabsetzung des Unternehmergewinnes, des Händlergewinnes, des Arbeitslohnes. Jeder soll mit weniger Lohn und Gewinn zufrieden sein, dann werden die Waren schon billiger werden. Gehehe dies, dann würde einem Teil unseres Volkes für eine gewisse Zeit sehr geholfen werden. Der andere aber würde sehr dabei verlieren. Gewinnen würden zunächst die reinen Verbraucher (Mentner, Beamte, Selbstbetriebe und dergleichen Leute), verlieren würden die Güterersteller (Unternehmer, Angestellte und Arbeiter der entsprechenden Berufe). Das wäre also keine Lösung. Denn die einen gewinnen, was die anderen verlieren. Wenn dies sich auch nicht so durchschlagend vollziehen würde, sicher ist, daß damit nicht viel gebessert wäre. Was dabei herauskäme, wären allerdings nur Vermögens- und Einkommensverchiebungen. Diese mögen in gewissen Fällen in der Ordnung sein, der Gesamtheit nützen, aber im großen ganzen werden damit weder die Geschäftslagen, noch wird die Arbeitslosigkeit damit behoben. Die, die heute gewinnen, würden später durch die allgemeinen schlechte oder sich verschlechternde Wirtschaftslage doch wieder in Mitleidenschaft gezogen. Jedenfalls, solche künstlichen Hin- und Herbewegungen verbessern unsere Wirtschaftslage nicht; im Gegenteil, dadurch wächst nur die Unsicherheit im Wirtschaftslieben.

Von welcher Seite man auch diese Dinge betrachten mag, man muß immer zum Ursprung des Übels zurückkehren. Die Herstellungsstellen sind zu hoch, sie müssen verbilligt werden. Wie schon angedeutet wurde, muß von der Verbrauchskraft oder der Kaufkraft ausgegangen werden. Auf sie muß sich die Gütererstellung und der Handel einstellen. Sie ist im Augenblick gering, sie kann aber durch eine billige Gütererstellung gehoben werden. Noch einmal: nicht durch den sogenannten Preisabbau, sondern durch die Verbesserung der Technik der Arbeitsweise, durch wirtschaftlichen Einkauf der Stoffe und durch wirtschaftlichere Ausnutzung der Stoffe. Das ist die Behebung der Wirtschaftsschäden, soweit sie unser geplagtes Land selber heilen kann, von innen heraus. Das nennt man: Das Uebel an der Wurzel bekämpfen. Dies hilft und nicht das Herumtollern an den äußeren Erscheinungen des Übels. Das Uebel aller Uebel aber: die immer noch bestehende Ernährungsnot, muß wirksamer als bisher auszurufen versucht werden; dies geschieht aber auch nicht dadurch, daß man die Preise für die Lebensmittel heruntersetzt, sondern durch das bereits empfohlene Mittel: indem man mehr Getreide, mehr Vieh heranzieht. Es ist da richtiger Dingen und Futtermittel anzufuhr: Getreide und Fleisch aus dem Auslande einzuführen. Wir müssen die Rohstoffe selber bereiden, also die Arbeit verrichten, die sonst das Ausland leistet, die wir aber selber ausführen könnten. So können wir viel billiger weg, und so bekommen wir Arbeit ins Land herein, so stärken wir unsere Volkswirtschaft und damit die allgemeine Kaufkraft. Bei dem gesunkenen Schwere kommt Zeugnis und viel billiger weg, selbst teure Düngemittel vom Auslande zu beziehen und sie im eigenen Boden auszuwerten, als das etwa um zehnmal teurere Getreide vom Auslande einzuführen.

Kurz zusammengefaßt: Der Preisabbau hilft nicht; aus der Wirtschaftsknot (weder der Preisabbau der Waren noch der Löhne und Gehälter), sondern die hier geforderte Verbilligung der Gütererstellung. Sie muß mit dem in diesem Aufsatz angedeuteten Mittel angegriffen und durchgeführt werden. Damit wird der wirtschaftliche Schuß gegen Geschäftslagen und gegen Arbeitslosigkeit geschaffen. Deutschland muß alles davon haben, mehr und wertvollere Güter als bisher herzustellen und sie im Preise so zu stellen, daß die Ausfuhr ermöglicht wird und daß der Abgang im Inlande wächst.

Weißarbeitsministerium über eine andere gefällig noch zu errichtende Stelle um Vermittlung anzurufen.

§ 17.

Vertragsdauer.

Dieser Vertrag tritt am 1. Juli 1920 in Kraft und läuft bis zum 31. Oktober 1921.

Wird er nicht 3 Monate vor Ablauf von einer der beiden vertrags-schließenden Parteien schriftlich gekündigt, so läuft er mit der gleichen Kündigungsfrist stillschweigend auf 6 Monate weiter.

§ 18.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Bestimmungen des Abkommens vom 18. Dezember 1918 bleiben in Geltung, soweit sie nicht durch diesen Vertrag als erledigt zu betrachten sind.

Arbeitsordnungen oder einzelne ihrer Bestimmungen, die mit diesem Vertrage im Widerspruch stehen, verlieren mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages ihre Gültigkeit.

§ 19.

Schlussbemerkungen.

Die Verbände der Arbeitnehmer schließen diesen Vertrag im Auftrage sämtlicher in der Papiererzeugungsindustrie beschäftigten Arbeitnehmer und haben sich über alle in Frage kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.

Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die keinem der unterzeichneten Verbände angehören.

Vorliegender Vertrag wird beim Reichsarbeitsministerium angemeldet, um für die gesamte Papiererzeugungsindustrie des Deutschen Reiches Geltung zu erlangen.

Charlottenburg, den 22. Juli 1920.

Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie.

gez.: Raude. gez.: Dr. Leopold.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

gez.: G. Stähler.

Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands.

gez.: B. Kins.

Gewerksverein Deutscher Fabrik- und Handarbeiter (G.-D.).

gez.: S. Raab.

Auszüge.

Aus der Niederschrift über die Fortsetzung der paritätischen Verhandlungen zwecks Abchlusses eines neuen Gesamtarbeitsvertrages für die Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie in Charlottenburg am 21. Juli 1920.

I. Die Gruppe Ost- und Westpreußen des Arbeitgeberverbandes hatte durch Herrn Generaldirektor Lehmann (Königsberg) eine Erklärung abgeben lassen, daß diese Gruppe des Arbeitgeberverbandes den Gesamtarbeitsvertrag für die Zukunft nicht mehr anerkennt.

Die paritätische Verhandlungskommission war sich dagegen einig, daß die Gruppe Ost- und Westpreußen auch weiterhin unter den Vertrag zu stellen ist. Auf Antrag des Herrn Stähler wurde deshalb folgende Erklärung zu Protokoll genommen:

„Die Gruppe Ost- und Westpreußen des Arbeitgeberverbandes sieht wieder unter den Gesamtarbeitsvertrag stellt, hat auch die Arbeitnehmerseite in diesem Bezirk freie Hand.“

II. In dem § 18 des neuen Vertrages ist die Bestimmung des § 21 des alten Vertrages, Abs. 3, nicht übernommen worden, wonach bereits bestehende günstigere Arbeitsbedingungen usw. nicht verschlechtert werden dürfen. Die paritätische Kommission war sich einig, daß durch den Wegfall dieses Absatzes im § 18 des neuen Vertrages ein Grund zur Verschlechterung bestehender günstigerer Arbeitsbedingungen nicht gegeben werden darf.

Aus diesem Grunde wurde folgende Feststellung protokollarisch niedergelegt:

„Der Umstand, daß der Absatz 3 dieses Paragraphen (§ 21 des alten Vertrages), bereits bestehende günstigere Arbeitsbedingungen, wie höhere Zuschläge für Sonntags-, Nacht- und Überstundenarbeit bleiben bestehen, in dem neuen Vertrag nicht aufgenommen wird, berechtigt die in Frage kommenden Firmen nicht, aus diesem Grunde günstigere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.“

Bei Streitigkeiten wegen event. Verschlechterungen bisheriger günstigerer Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer bitten wir, auf diese protokollarisch festgelegte Niederschrift der paritätischen Verhandlungskommission Bezug zu nehmen und event. geplante Verschlechterungen damit abzuwehren.

Hannover, den 22. Juli 1920.

gez.: G. Stähler.

Carifamt

der deutschen Papier-, Pappen- und Zellstoff-Industrie.

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung am 20. Juli 1920 in Charlottenburg.

Anwesend: 1. Als Arbeitgebervertreter die Herren: Buchholz, Feide, Raude, Dr. Rhodius, Dr. Zacharias. 2. Als Vertreter der Arbeitnehmer die Herren: Gleitsmann, Herdel, Kins, Kuder und Bredde. 3. Der Leiter der Geschäftsstelle Dr. Leopold. — Vorsitz: turnusgemäß Herr Direktor Raude. Schriftführer: Herr Kins.

§ 1.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, Stettin, betreffend Lohnregelung für die Gruppe Pommeren-Mecklenburg.

Für die Antragsteller erschienen die Herren: Was (Feldmühle), Cabelwisch, Domann (Feldmühle), Cabelwisch, Klinger (Fabrikarbeiterverband Stettin), Koch (Feldmühle), Cabelwisch, Krahn (Maschinen- und Geizerverband, Stettin), Meiserheid (Maschinen- und Geizerverband, Berlin), Wiesenhüter (Fabrikarbeiterverband, Stettin).

Für die Antragsgegner erschienen die Herren: Straß (Stettin), Dr. Flechner (Stettin), Gröbe (Stettin), Konigsmann (Köslin), Meister (Hammermühle), Schatz (Hohenkrug).

Die Parteien verhandeln zur Sache. Der Versuch auf Abschluß eines Vergleichs scheitert. Das Carifamt fällt folgenden Spruch:

Männliche Arbeiter über 21 Jahre erhalten 15 Pf. Zulage, männliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren erhalten 10 Pf. Zulage, weibliche Arbeiter über 18 Jahre erhalten 10 Pf. Zulage, männl. und weibl. Arbeiter unter 18 Jahren erhalten 5 Pf. Zulage.

In wirtschaftlich ungünstig arbeitenden Betrieben ist die Lohnregelung im Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterchaft, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der zuständigen Organisationen, durchzuführen.

§ 2.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, Danzig, betreffend Lohnregelung für die Gruppen Ost- und Westpreußen.

Für den Antragsteller erschienen die Herren: Buchholz (Fabrikarbeiterverband, Königsberg), Neipel (Fabrikarbeiterverband, Elstertal), Stahl (Norddeutsche Zellulosefabrik, Königsberg), Wollermann (Fabrikarbeiterverband, Danzig).

Für den Antragsgegner die Herren: Generaldirektor Lehmann (Königsberg) und Dr. Schreiber (Königsberg).

Die Parteien verhandeln zur Sache. Die Vertreter der Arbeitgeber geben die Erklärung ab, daß sie den Reichsmittelvertrag für die Papiererzeugungsindustrie nicht mehr anerkennen könnten, nachdem die Arbeiterchaft ihn zum zweiten Male durch Eintreten in den Streik gebrochen habe. Die Vertreter der Arbeitnehmer bestritten das Vorliegen eines Streits, behaupten vielmehr, daß von Seiten der Arbeitgeber eine Aussperrung erfolgt sei. Der Versuch des Carifamts, zu einem Vergleich zu kommen, scheitert. Da die Arbeitgeber-

vertreter bei ihrer Ablehnung des Carifamts verbleiben, erklärten nunmehr auch die Arbeitnehmervertreter, nicht weiter verhandeln zu wollen.

§ 3.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, Düsseldorf, betreffend Lohnregelung für die Gruppe Westfalen.

Für den Antragsteller erschienen die Herren: Wähler (Fabrikarbeiterverband, Düsseldorf) und Werlich (Zentralverband christlicher Fabrikarbeiter, Hamm).

Für den Antragsgegner die Herren: Steinwender (Hagen), Dr. Vöbe (Hagen).

Die Parteien verhandeln zur Sache. Das Carifamt fällt folgenden Spruch:

Das Carifamt erkennt den Wunsch der Arbeitnehmer auf Zusammenlegung der Zeitschläge und der Stundenlöhne für berechnigt an. Andererseits hält es die von den Arbeitgebern gebotene Aufbesserung für ausreichend und stellt es den Vertragsparteien anheim, auf dieser Grundlage die neuen Löhne selbst zu errechnen.

Keramische Industrie

Stilllegung von Zement-Werken in Neu-Beckum.

In der Zementindustrie des hiesigen Bezirkes scheint man die Zeiten der Revolution sehr schnell vergessen zu haben. Man versucht auf jede Art und Weise, die Arbeiter wieder in das alte Joch hineinzubringen. Am 15. Juni brachte man es fertig, bei der Firma Horstbitter und Ullgens, ohne auch nur den Betriebsrat vorher davon in Kenntnis zu setzen, einfach durch Anschlag bekanntzugeben, daß zum 31. Juli 180 Arbeitern gekündigt werde. Unter diesen befinden sich 160 Familienväter. Vor nicht allzu langer Zeit wurde noch mit Hochdruck gearbeitet, und heute wirft man ohne weiteres die große Masse der Arbeiter auf die Straße. Der Reaktor ist ja auch wieder Tür und Tor geöffnet, und die Herren Arbeitgeber fühlen sich wieder ganz Herr im Hause. Noch bei der letzten Lohnbewegung konnte man sich gar nicht genug darüber wundern, wie die Arbeiter sich überhaupt erlauben konnten, nachdem das Angebot der Arbeitgeber nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter ausgefallen war, einfach die Arbeitsstunden zu verweigern. Heute, nachdem man alles unter Dach gebracht hat, geht man kurzerhand bei und legt die Arbeiter auf die Straße. Wo bleibt denn da das soziale Gefühl der Herren Arbeitgeber, mit dem sie bei allen Gelegenheiten hervortreten? Es ist ein altes Sprichwort: „Der Schein trügt.“ Auch bei den Arbeitgebern trifft es zu, sie verstehen es meisterhaft, den Schein zu wahren. Die Arbeiterchaft soll nur immer recht zufrieden sein. Wie schön wäre es doch, wenn man wie früher wieder recht geduldige Schafe als Arbeiter hätte, mit denen man tun und machen könnte, was man wollte. Die Organisation ist ihnen ein Dorn im Auge, und sie glauben durch diese Maßnahmen eine Zerpfitterung unter der Arbeiterchaft herbeiführen zu können. Daß dies nicht der Fall sein wird, beweist die kürzlich abgehaltene Protestversammlung der Zementarbeiter, die von zirka 2000 Personen besucht war. Oder ist man darüber verärgert, daß man ihnen den Verband ins Ausland verpagt hat, will man nun versuchen, die Regierung zu zwingen? Unter der Arbeiterchaft ist diese Ansicht allgemein verbreitet. Auch auf dem Werke „Phönix“ ist man zu eben solchen Maßnahmen geschritten. Die Arbeiterchaft will arbeiten und sich auch das Recht auf Arbeit nicht nehmen lassen. Man hat immer gepredigt, und dieses bei den Parteien, die den Arbeitgebern der Zementindustrie sehr nahe stehen: „Nur Arbeit kann retten, nur Arbeit kann uns aus dem wirtschaftlichen Elend herausbringen.“ Aber was scheidet es die Arbeitgeber, ob Frauen und Kinder verhungern. Wenn kein Profit zu machen ist, braucht man die Arbeiter nicht mehr, und jede Humanität ist zum Teufel. In der Versammlung wurde denn auch beschlossen, den Herrn Reichsminister von dem Treiben in Kenntnis zu setzen und ihn zu ersuchen, das Vorgehen der Arbeitgeber zu vereiteln. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. Juli 1920 im Lokale des Herrn Röddewig in Beckum von zirka 2000 Personen besuchte Versammlung der in den Zementwerken beschäftigten Arbeiter beschließt einstimmig, dem Reichsministerium folgendes zu unterbreiten: Das Zementwerk „Vorwärts“ in Firma Horstbitter u. Ullgens in Beckum hat am 14. Juli der ganzen Belegschaft in Stärke von 180 Arbeitern, wovon 160 Familienväter sind, zum 31. Juli 1920 gekündigt.

Die Firma will den ganzen Betrieb stilllegen, angeblich, weil das Werk mit den Lieferungen erheblich im voraus ist und vom Zementverband von diesem Werk kein Zement mehr angefordert wird.

Die Firma hat insgesamt 4 Werke, wovon „Vorwärts“ das größte und technisch am besten eingerichtete Werk ist und auch den geringsten Verbrauch an Kohlen hat. Allgemein befremdet es, daß gerade dieses Werk stillgelegt werden soll.

Der Betriebsrat wurde überhaupt nicht gehört. Es wurde einfach durch Anschlag bekanntgemacht, daß am 31. 7. alle Arbeiter entlassen werden.

Der Betriebsrat protestiert gegen die Stilllegung, da bis vor kurzem noch mit Hochdruck gearbeitet wurde, sogar noch Überstunden in größerem Maße verfahren wurden. Eine Verhandlung des Betriebsrates mit den Vertretern der Firma, im Beisein der Gewerkschaftsvertreter, verlief resultatlos.

Allgemein ist die Arbeiterchaft der Ansicht, daß die Arbeitgeber mit den Aufträgen künstlich zurückhalten, um eine günstigere Preisgestaltung herbeizuführen und die Ausfuhr von Zement zu erzwingen, die nach eigenen Aussagen der Arbeitgeber denselben ungeheuren Gewinne bringen würden.

Namenloses Elend wird durch die Stilllegung des Werkes über die Bedauer Arbeiterchaft gebracht. Die Arbeiterchaft kann es nicht verstehen, daß hier das Werk stillgelegt wird, bevor eine Streckung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit einsetzt.

Die Versammlung ersucht das R.-W.-M. dringend, hier eingreifen zu wollen, um die Firma zu veranlassen, den Betrieb anrecht zu erhalten.

Ein Eingreifen des R.-W.-M. ist um so notwendiger, weil unter der Arbeiterchaft des hiesigen Gebietes eine große Erregung herrscht. Man kann es nicht verstehen, daß das Inland mit Zement schon überfüllt sein soll, zumal die Lager hier leer sind.

Auch auf dem Werke „Phönix“ in Beckum haben 50 Arbeiter die Kündigung erhalten.

Die Arbeiterchaft ist gewillt, sofern es ermöglicht werden kann, die Fortführung des Betriebes selbst zu übernehmen. Wir ersuchen das Reichsministerium, eventuell das Nötige veranlassen zu wollen.“

Arbeiter, Kollegen und Kolleginnen! Ihr seht, wie man mit euch umgeht. Bewußt, daß ihr noch Solidaritätsgesühl besitzt, haltet an eurer Organisation fest, schließt euch immer enger zusammen, nehmt euch ein Beispiel an den Arbeitgebern, die sich immer enger zusammenschließen, die nicht danach fragen, ob einer Jude oder Christ ist, die Hauptfrage ist bei ihnen der Profit, alles andere ist Nebenfrage. Auch ihr müßt allen Streit und Haß beiseite legen. Nur durch einmütiges Handeln können wir unser Ziel erreichen.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Berschmelzung von Gewerkschaften in England.

Es der bedeutendsten Gewerkschaften im Metallgewerbe haben sich zu einer Amalgamierten Engineering Union (Bereinigten Maschinenbau-Union) zusammengeschlossen. Die neue Organisation hat ungefähr 460 000 Mitglieder und begann am 1. Juli ihre Tätigkeit. Ferner machen sich im Textilgewerbe Verschmelzungsbestrebungen bemerkbar. Schon vor drei Jahren schloß eine Anzahl von Textilarbeitergewerkschaften die National Association of Unions in the Textile Trade ab, eine lose Vereinigung, bei der die einzelnen Verbände ihre Selbständigkeit bewahren. Jetzt machen sich Bestrebungen nach einer vollständigen Verschmelzung bemerkbar. Ein entsprechender Vorschlag soll der genannten National Association unterbreitet werden. Die beteiligten Gewerkschaften haben 60 000 Mitglieder.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 29. Juli 1920 fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Wahl der Gewerkschaftsleiter. 3. Verschiedenes. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Garb, halte das Referat übernommen. Er schilderte die Notwendigkeit der Änderungen des Statuts. Unter den heutigen Verhältnissen sind die gegenwärtigen statutarischen Bestimmungen über Unterhaltungsfrage nicht mehr am Platze und müssen erhöht werden. Dieses hat zur Folge, daß auch die Beiträge erhöht werden müssen. Der Verbandstag hat beschlossen, vier Beitragsklassen zu schaffen. Kollege Garb besaß sich eingehend mit den Beitrags- und Unterhaltungsfragen. Kollegin Funda, welche an der Vorbereitung der Statuentommission teilgenommen hat, schilderte den Gang der Vorbereitung. Kollege Schmauch und Kollege Thiemie ergänzten noch einige Punkte, die beraten und beschlossen wurden. In seiner allgemeinen Uebersicht wies Kollege Garb darauf hin, daß es auf keinem Verbandstage so stürmisch herging wie diesmal, da sich größere Gegenströmungen bemerkbar gemacht haben. Am Schluß des Verbandstages war jedoch die Einigkeit wieder hergestellt. Der Hauptvorstand, Kollege August Brey und Kollege Sach, wurden wiedergewählt, und Kollege Thiemie, welcher schon jahrelang im Vorstand tätig war, wurde als dritter Vorsitzender hinzugewählt. Es wurde dann eine Resolution eingebracht mit folgendem Wortlaut: „Die außerordentliche Generalversammlung am 29. Juli hat den Bericht vom 13. ordentlichen Verbandstag entgegengenommen und erklärt sich mit den Beschlüssen und mit der Haltung der Delegierten der Zahlstelle einverstanden. Die Generalversammlung mißbilligt aufs schärfste den Versuch eines der Delegierten auf dem Verbandstage (org. Opposition), den Verband zum Zwecke der parteipolitischen Auseinandersetzungen zu machen. Die außerordentliche Generalversammlung erwartet von den maßgebenden Verbandsinstanzen, die Organisation auch weiterhin als Kampfinstitution zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kolleginnen und Kollegen zu leiten.“ Nach einer lebhaften Aussprache wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Infolge der vorgezogenen Zeit wurde der 2. Punkt der Tagesordnung abgelehnt. In Punkt 3 gibt Kollege Garb bekannt, daß Sonntag, den 1. August, eine Kreisversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfinden wird, in der Genosse Wisjell (Berlin) sprechen wird.

Burgdorf (Hannover). Am 22. Juli hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung im Schützenhause mit folgender Tagesordnung ab: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Vorstandswahl, 4. Stellungnahme zum Antrag des Bergarbeiterverbandes an das hiesige Gewerkschaftskartell, 5. Verschiedenes. Nach Eröffnung der Versammlung erbatete der Kassierer den Kassenbericht. Es wurden eingenommen 2240,30 M. An die Hauptkasse wurden gezahlt 1925,68 M. Krankenerstattung wurde gezahlt 28,70 M. und an die Lokalkasse abgeführt 285,92 M. Somit hat die Lokalkasse nach Abzug der Ausgaben einen Bestand von 1062,41 M. Am Schluß des Quartals zählte die Zahlstelle 350 Mitglieder. Es wurde hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Grobe erbatete hierauf den Jahresbericht. Aus demselben ersieht man, was innerhalb des letzten Jahres alles geleistet und erzielt worden ist, namentlich sind, eine Folge der Zeit, eine große Reihe Lärse abgeschlossen, wodurch den Kolleginnen und Kollegen Löhne gezahlt werden, die sie ohne Organisation wohl schwerlich bekommen hätten. Am Schluß des Berichtes forderte Kollege Grobe die Kollegen auf, auch ferner an der Organisation festzuhalten, denn wir haben noch schwere Kämpfe zu bestehen, wenn erst zum Abbau der Löhne geschritten wird. — Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurde Kollege Grobe zum 1. Bevollmächtigten vorgeschlagen und einstimmig wiedergewählt. Zum 2. Bevollmächtigten wurde Kollege Bauermeister gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Pöhler und zum Kassierer Kollege Kodeshorst einstimmig wiedergewählt. Zu Hilfskassierern wurden die Kollegen Mochinski, Klöß und die Kollegin Ida Brandes, zu Revisoren die Kollegen Schneehage, Goldmann und Schubert und zu Kartelldelegierten die Kollegen Kodeshorst, Schneehage, Bauermeister, Klöß und Pöhler gewählt. — Unter Punkt 4 kam der Antrag des Bergarbeiterverbandes an das hiesige Gewerkschaftskartell zur Sprache. Es wird in demselben der Ausschluß der beiden politischen Parteien aus dem Kartell gefordert, und zwar aus mehreren Gründen, auf die hier eingegangen zu weit führen würde. Die Versammlung unterstützt den Antrag. — Unter „Verschiedenes“ wurde dann der Tag der Monatsversammlungen festgelegt, und zwar auf den 1. Donnerstag im Monat. Dann sollen in jeder Versammlung die Kartelldelegierten einen Bericht über die Sitzungen abgeben. Am Schluß hielt Kollege Beder einen Vortrag über die Arbeiterjugend und forderte alle jüngeren Kolleginnen und Kollegen auf, am kommenden Sonnabend sich zwecks Gründung eines Ortsvereins im hiesigen Lokal einzufinden. W. P.

Gesele-Brilon. Bei den hiesigen Zementarbeitern hat sich in letzter Zeit die Erkenntnis durchgerungen, daß ihre Interessen am sichersten im Verbande der Fabrikarbeiter gewahrt werden. Ganz besonders kommt das im Bezirk Wären in Betracht, wo in letzter Zeit eine ganze Anzahl Mitglieder vom christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verband zu unserer Organisation übergetreten sind. Um nun der fohnenlustig Einhalt zu tun, berufen die Christlichen eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung ein mit der Tagesordnung, „Kann ein christlich denkender Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert sein?“ Die Christlichen hatten sich als ein ganz besonders zugkräftiges Pferd den Herrn Provinziallandtagsabgeordneten Jenzat aus Hamm herübergeholt. Der Leiter der Versammlung betonte in seiner Eröffnungsrede, daß in letzter Zeit recht viele Mitglieder des christlichen Verbandes zu den freien Gewerkschaften übergetreten seien. Dem müsse Einhalt getan werden. Herr Jenzat hat sich auch dann die erdenklichste Mühe gegeben, die Wären Arbeiter vor den freien Gewerkschaften grafelig zu machen. Das tollte Durcheinander brachte er in seinem Vortrage zutage. Er erzählte etwas von der ökonomischen Entwicklung, so gut oder schlecht es seine Kenntnisse zuließen, judete die Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften nachzuweisen, zog dann über den historischen Materialismus her. Zwischenbündel holte er auch zu einigen radikalen Phrasen aus, indem er den Unternehmern vorwarf, daß sie nicht genügend soziales Empfinden besitzen. Damit nun sein Radikalismus von seinen Unternehmerfreunden nicht gar zu tragisch genommen werden sollte, entschuldigte er sich ein übers das andere Mal: „Ich will nicht provozieren, ich rede von den Kapitalisten in früheren Zeiten.“ Das wilde Durcheinander seines Referats endete in einer Schimpfanrede auf die freien Gewerkschaften. Der Kollege Wähler trat dem Referenten in der Distanz gegenüber; er gezielte die Geharbeit der christlichen Agitatoren. An Hand der Tatsachen wies er nach, daß die hegerische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsagitatoren nur dazu angetan sei, die wirtschaftliche Kampfstrat der Arbeiter zu ihrem eigenen Schaden zu zerpfittern. Er vermahnte auf die Geharbeit, die der Arbeiterchaft drohen, wenn sie in der jetzigen Zeit nicht eine geschlossene Kampfront gegenüber dem Unternehmertum bildet. Die Ausführungen des Kollegen Wähler haben ihre Wirkung nicht verfehlt. In der Versammlung gaben eine Anzahl christlich organisierter Kollegen ihr Verbandsbuch zum Uebertritt ab. Eine weitere Anzahl erklärte ebenfalls ihren Uebertritt zu uns, mit der Bemerkung, daß sie für die Organisationszerpfitterung der Christen keine Beiträge zu zahlen gewillt seien. Sie wollen, daß ihre Beiträge im gewerkschaftlichen Sinne Verwendung finden. Wir können mit der Tätigkeit des Referenten sehr zufrieden sein. Er hat den praktischen Nachweis erbracht, daß ein christlich denkender Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert sein kann. Wir ersuchen den Herrn Jenzat, seine Tätigkeit mit doppeltem Eifer fortzusetzen.

Höhr-Grenzhausen. Am Dienstag, dem 20. Juli, fand im Gasthof „Dämmer“ bei schwachem Besuche unsere 2. Quartalsversammlung statt. Kollege Ode erbatete in Vertretung des anderweitig beschäftigten Bezirksleiters Sachs den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 115 943,15 M. Für den Streik in Höhr-Grenzhausen wurden 98 265 M. verausgabt. An die Hauptkasse wurden 11 581,15 M. gezahlt. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren mit 13 904,96 M. Kassenbestand der Lokalkasse 6106,31 M. Mitgliedsanzwachs der Zahlstelle 130. Unter Punkt 2 erklärte der 1. Bevollmächtigte, daß er infolge von Arbeitswechsel sein Amt niederlegen müsse. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit großem Bedauern aufgenommen. Der Kollege Ode wurde dann einstimmig zum provisorischen 1. Bevollmächtigten gewählt. Die endgültige Wahl findet am 2. August 1920 in einer Versammlung statt, in welcher der Bezirksleiter Sachs gleichzeitig Bericht über den Verbandstag in Hannover gibt. — Unter Punkt 3 (Verschiedenes) setzte eine lebhafte Diskussion über den in Kraft getretenen Steuerabzug von 10 Prozent ein. Nach langem

